

Stadtverwaltung Eberbach

Auszug aus der Niederschrift

der öffentlichen Sitzung GR/07/2026 des Gemeinderats am 21.05.2026

Tagesordnungspunkt 1:

Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und
Personenvereinigungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 2: 2026-098

Antrag von Herrn Stadtrat Peter Wessely auf Ausscheiden aus der ehrenamtlichen Tätigkeit
als Stadtrat der Stadt Eberbach

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat stellt auf Antrag von Herrn Peter Wessely fest, dass ein wichtiger Grund gem. § 16 Abs. 1 Nr. 3 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) für das Ausscheiden aus der ehrenamtlichen Tätigkeit als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Eberbach vorliegt.
2. Herr Peter Wessely scheidet zum Zeitpunkt der Gemeinderatssitzung am 21.05.2026 aus dem Gemeinderat aus.

Beratung:

Stadtrat Wessely erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Reichert erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 3: 2026-099

Nachrücken einer Ersatzperson in den Gemeinderat
hier: Hinderungsgründe nach § 29 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO)

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat stellt fest, dass bei Herrn Armin Grein keine Hinderungsgründe nach § 29 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) vorliegen.
2. Es rückt der bei der Wahl der Gemeinderäte am 09.06.2024 als zweite Ersatzperson festgestellte Bewerber auf dem Wahlvorschlag der Freien Wähler, Herr Armin Grein, als Mitglied des Gemeinderats gemäß § 31 Abs. 2 GemO nach.

Beratung:

Bürgermeister Reichert erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 4:

Verabschiedung eines ausscheidenden Stadtrats

Bürgermeister Reichert verabschiedet Stadtrat Wessely aus dem Gemeinderat und verleiht ihm den goldenen Ehrenring der Stadt Eberbach. Dazu verliest und überreicht er Stadtrat Wessely eine Urkunde, sowie den Ehrenring.

Stadtrat Wessely bedankt sich mit einer Rede für die gute Zusammenarbeit.

Stadtrat Reinig bedankt sich im Namen der Freien Wähler-Fraktion bei Stadtrat Wessely für sein Engagement.

Tagesordnungspunkt 5:

Nachrücken einer Ersatzperson in den Gemeinderat für einen ausscheidenden Stadtrat
hier: Verpflichtung

Bürgermeister Reichert heißt den zu verpflichtenden Stadtrat Armin Grein im Ratsrund willkommen und verliest folgende Verpflichtungsformel:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Stadtrat Armin Grein bestätigt die Formel mit den Worten „das gelobe ich“ und nimmt am Sitzungstisch Platz.

Tagesordnungspunkt 6:

Bekanntgabe des Fraktionssprechers der Freien Wähler
-ohne Beschlussvorlage-
Information

Bürgermeister Reichert gibt bekannt, dass der Fraktionssprecher der Freien Wähler künftig Stadtrat Udo Geilsdörfer sei. Stellvertretender Fraktionssprecher bleibe Stadtrat Michael Reinig.

Tagesordnungspunkt 7:

Bekanntgabe der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 26.03.2026, Nr. 03/2026

Beratung:

Bürgermeister Reichert fragt, ob Einwände zur Niederschrift bestehen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats äußern keine Einwände zur Niederschrift.
Stadträtin Thomson befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 8: 2026-072

Neubau Wasserwerk Gaimühle
hier: Entscheidung zur Ausführungsvariante

Beschlussantrag:

Die Städtische Dienste Eberbach werden beauftragt, den Neubau des Wasserwerkes Gaimühle gemäß der Ausführungsvariante 4 - Neubau als Edelstahlbehälter zu planen.

Beratung:

Bürgermeister Reichert begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Rupp und Herrn Hack für den Eigenbetrieb Städtische Dienste Eberbach sowie Herrn Nussbaum und Herrn Hassan von den BIT-Ingenieuren.

Bürgermeister Reichert teilt mit, dass sich der Bezirksbeirat Gaimühle in seiner Sitzung am Vortag einstimmig für die Variante 4 entschieden habe.

Herr Nussbaum und Herr Hassan erläutern die Planung anhand einer Präsentation.

Stadträtin Thomson teilt mit, dass die AGL-Fraktion ebenfalls die Variante 4 klar bevorzuge, da diese einen Mehrwert in der Versorgungssicherheit bringe. Die Ausführung in Holzbauweise mit Photovoltaik-Anlage werde ebenfalls begrüßt.

Stadtrat Scheurich spricht sich für die SPD-Fraktion ebenfalls für die Variante 4 aus. Er berichtet aus der Sitzung des Bezirksbeirats und gibt den Wunsch weiter, dass der Spielplatz auch während der Bauzeit in irgendeiner Form genutzt werden könne. Dies sei mit einer Verlegung an den Grundstücksrand wohl möglich. Ebenfalls sei die Wiederherstellung einer Brückenverbindung angesprochen worden, die im Lageplan ersichtlich sei. Dies wirke sich auch positiv auf die Sicherheit des Schulweges aus. Er spricht sich außerdem dafür aus, dass an der Stelle des alten Wasserwerks ein kleines Dorfgemeinschaftshaus errichtet werde.

Bürgermeister Reichert möchte für das Dorfgemeinschaftshaus einen Anbau an das neue Wasserwerk prüfen.

Stadtrat Geilsdörfer teilt für die Freie Wähler-Fraktion ebenfalls Zustimmung zur Variante 4 mit. Er betont, dass eine gute Baugrunduntersuchung aufgrund der Bach-Nähe sehr wichtig sei.

Bürgermeister Reichert gibt den Auftrag einer detaillierten Baugrunduntersuchung an das Planungsbüro weiter. Ebenso die Prüfung, ob die Bautiefe um einen halben Meter oder einen Meter reduziert werden könne.

Stadtrat Richter bittet um eine Schätzung der Abrisskosten für das alte Wasserwerk und den Hochbehälter im Wald, da diese seiner Ansicht nach ebenfalls zu den Projektkosten gehörten. Er möchte außerdem wissen, ob diese Kosten gebührenfähig seien.

Herr Nussbaum antwortet, dass die Kosten jeweils etwa 100.000 € betragen würden und gebührenfähig jedoch nicht förderfähig seien.

Stadtrat Schulz teilt für die CDU-Fraktion ebenfalls Zustimmung zur Variante 4 mit.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Polzin erläutert Herr Rupp, dass die Anlage keine PFAS filtern könne, diese würden jedoch eher beim Aubrunnen, als an dieser Quelle vorkommen.

Stadtrat Stumpf ergänzt, dass durch den größeren Behälter des Neubaus in der Gaimühle, dann der Aubrunnen seltener zugeschaltet werden müsste.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 9: 2026-079

Örtliche Bedarfsplanung gem. §3 Abs. 3 Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG)

Beschlussantrag:

1. Der Fortschreibung der örtlichen Bedarfsplanung gemäß § 3 Abs. 3 KitaG wird zugestimmt.
2. Die Übergangsgruppe im Ü3 Bereich des Kindergarten St. Maria wird zum Ende des Kindergartenjahres 2026/2027 geschlossen.
3. Der Umzug der Kindertagesstätte des Vereins Rappelkiste e.V. wird nicht weiterverfolgt.
4. Der Gemeinderat wird regelmäßig über die weitere Entwicklung informiert.

Beratung:

Verwaltungsmitarbeiter Uhrig erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Stumpf fragt, ob die Container neben dem Kindergarten dann abgebaut würden.

Verwaltungsmitarbeiter Uhrig bejaht dies, da die Container lediglich gemietet gewesen seien.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 10: 2026-088

Schülerhort Dr.- Weiß-Schule

hier: Bau eines zweiten Rettungsweges - Vergabe der Stahl- und Metallbauarbeiten

Beschlussantrag:

1. Für die Maßnahme Bau eines zweiten Rettungsweges am Schülerhort wird die Ausschreibung der erforderlichen Leistungen freigegeben.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, innerhalb eines Gesamtkostenrahmens von 100.000 € den entsprechenden Auftrag, gemäß den vergaberechtlichen Vorschriften auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.
3. Die außerplanmäßigen Ausgaben i.H.v. 100.000 € werden genehmigt. Als Deckungsvorschlag dient das Budget des Gebäudemanagements im Ergebnishaushalt. Der Gemeinderat stimmt der Mittelumbuchung zu.

Beratung:

Verwaltungsmitarbeiter Protschky erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 11: 2026-089/1

Neubau eines Jugendzentrums in der Güterbahnhofstraße
hier: Vorstellung und Freigabe der Entwurfsplanung

Beschlussantrag:

1. Die Entwurfsplanung der Hochbauabteilung für den Neubau des Jugendzentrums in der Güterbahnhofstraße wird anerkannt und die Verwaltung wird mit der weiteren Planung beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bauantrag für die Baumaßnahme einzureichen.
3. Das gemeindliche Einvernehmen für den Neubau des Jugendzentrums auf dem Flurstück 882/2 nach §36 BauGB wird erteilt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag beim Förderprogramm LEADER einzureichen, sobald ein Förderaufruf veröffentlicht wird.
5. Der Neubau des Jugendzentrums soll vorbehaltlich der Genehmigung der vorliegenden Planung, der Einhaltung des genannten Kostenrahmens und der Förderung von ca. 60% der Netto-Kosten des Bauvorhabens umgesetzt werden.

Beratung:

Stadträtin Thomson erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Verwaltungsmitarbeiter Protschky erläutert die Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass die Außenanlage ein separates Projekt sei, da diese ohnehin gemacht werden müsse und eine Kostenaufteilung zwischen dem Jugendzentrum und den anderen angrenzenden Projekten schwierig sei.

Seitens der CDU-, SPD- und AGL-Fraktion wird Zustimmung signalisiert und die Wichtigkeit der Jugendarbeit betont. Das Jugendzentrum sei nicht für eine spezielle Gruppe von Jugendlichen, sondern stehe allen Jugendlichen offen.

Stadtrat Reinig werde ebenfalls zustimmen. Er bezieht sich auf die fehlenden Kosten der Außenanlage und fragt, ob diese als Einzelprojekt auch förderfähig sei.

Verwaltungsmitarbeiter Protschky antwortet, dass die Förderfähigkeit der Außenanlage über LEADER abgestimmt und zu gegebener Zeit vorgestellt würde. Das Areal habe ein großes Entwicklungspotenzial und könnte ein Leuchtturm-Projekt für Eberbach werden.

Stadtrat Richter stört sich an der Baukostensteigerung von 110.000 € gegenüber dem Grundsatzbeschluss und fragt, woraus diese entstanden seien. Außerdem möchte er wissen, mit welchen Betriebskosten zu rechnen sei, da die Betreuung durch den Postillion gegenüber dem aktuellen Streetwork mehr Aufwand verursache.

Verwaltungsmitarbeiter Uhrig erwidert, dass es ein Bestandteil der mobilen Jugendarbeit sei, Jugendlichen zu Aufsichtspersonen auszubilden. Diese sollten dann zumindest zeitweise die Öffnungszeiten abdecken. Da der Postillion auch von verschiedenen Stellen gefördert werde, rechne er nicht unbedingt mit einer Kostenerhöhung.

Verwaltungsmitarbeiter Protschky erläutert die Gründe für die Kostensteigerung, wie die Veränderung der Größe und der Heizung.

Stadtrat Geilsdörfer werde sich enthalten, da er das Projekt aufgrund der finanziellen Situation der Stadt grundsätzlich ablehne.

Stadtrat Dr. Wiese schlägt eine gemeinsame Eröffnungsfeier für die Skateranlage und das Jugendzentrum vor.

Stadtrat Joho möchte wissen, ob für den Energiestandard eine KFW-Förderung möglich sei oder diese nicht mit LEADER kombiniert werden könne. Außerdem fragt er, ob die Wärmepumpe in Zukunft auch das Depot mitversorgen könne.

Verwaltungsmitarbeiter Protschky bestätigt eine Kombinierbarkeit der Förderungen. Der Anschluss des Depots an die Wärmepumpe des Jugendzentrums sei mit einem zu großen Aufwand verbunden und daher nicht vorgesehen.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den Beschlussantrag abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag mit 17 Ja-Stimmen, keinen Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Tagesordnungspunkt 12: 2026-028

Solarpark im Gewann "Frieseneck" der Gemarkung Eberbach, OT Unterdielbach;
hier: Vergabe der Verpachtung von Freiflächen

Beschlussantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den auf Grundlage des vorliegenden Angebots in Zusammenarbeit mit der Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH erarbeiteten Pachtvertrag für die Vermarktung der städtischen Flächen des Standorts „Frieseneck“ Flst.

3003, Gemarkung Eberbach, für die zur Belegung mit Flächen-Photovoltaik-elementen mit der JUWI GmbH abzuschließen.

Beratung:

Bürgermeister Reichert begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wanke von der JUWI GmbH.

Bauamtsleiter Kermbach erläutert die Beschlussvorlage.

Auf Nachfrage teilt er mit, dass der Baubeginn im Jahr 2028 sein solle und etwa ein halbes Jahr dauern werde. Die Pachtzahlung erfolge ab Baubeginn.

Stadträtin Kunze teilt mit, dass die Mehrheit der CDU-Fraktion dem Beschlussantrag zustimmen, sie persönlich jedoch ablehnen werde. Sie sei der Meinung, dass die Fläche als zusammenhängendes Offengebiet belassen werden solle.

Stadtrat Dr. Wiese fragt, wie realistisch das Jahr 2028 sei, da die Anlage mit dem Windkraftprojekt im Markgrafenwald zusammenhänge.

Herr Wanke antwortet, dass das entsprechende Umspannwerk Ende 2028 in Betrieb gehen solle und dann auch der Solarpark in Betrieb genommen werden könne. Nach aktueller Auskunft der Projektverantwortlichen des Windparks werde dies noch so angestrebt.

Stadtrat Dr. Wiese werde sich bei der Abstimmung enthalten, da er in Eberbach ausreichend andere Fläche für Photovoltaik sehe, bevor Landschaftsfläche verbaut werden müsse.

Stadtrat Stumpf entgegnet, dass er sich freuen würde, wenn alle Dächer und Parkplätze mit Photovoltaik ausgestattet würden, dies jedoch trotzdem nicht ausreiche um den Bedarf zu decken. Den Standort sehe er als geeignet an.

Stadtrat Röderer merkt an, dass im Pachtvertrag der Zahlungsbeginn an die Inbetriebnahme gebunden sei.

Herr Wanke erläutert, dass mit Vertragsunterzeichnung 5.000 € an die Stadt gezahlt würden, die unabhängig vom Projektverlauf auch bei der Stadt verblieben.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den Beschlussantrag abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag mit 17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Tagesordnungspunkt 13: 2026-084

Zustimmung nach § 36 a BauGB (Bauturbo): Neubau eines Einfamilienwohnhauses; FlSt. 1405 und 1406, Gemarkung Eberbach

Beschlussantrag:

Die Zustimmung zu dem Antrag auf Bauvorbescheid gemäß § 36a BauGB (Bau-Turbo) unter Anwendung der „Eberbacher Leitlinien“ wird zur Frage der Befreiung von der Baulinie unter der Bedingung erteilt, dass ein einvernehmliches Vorgespräch mit dem Bauamt der Stadt Eberbach stattfindet.

Beratung:

Bauamtsleiter Kermbach erläutert die Beschlussvorlage. In Zukunft solle das Vorgespräch vor der Beschlussfassung erfolgen, dies sei aus fristgründen jedoch nicht mehr möglich gewesen.

Für Stadtrat Richter ist der Waldabstand der entscheidende Punkt. Auch wenn die grundsätzliche Vorgabe von 30 Metern in der Neckarhölde generell nicht eingehalten werden könne, sei die Abweichung ihm zu groß. Außerdem wirke es für ihn so, dass der Bau-Turbo nur verwendet werde, da das Bauvorhaben im regulären Verfahren nicht genehmigt werden könne.

Bauamtsleiter Kermbach erwidert, dass der Waldabstand durch das Baurechtsamt und die Forstbehörde geklärt werden müsse. Er sei jedoch der Meinung, dass es für Eberbach kein Nachteil sein dürfe, so viele Waldflächen zu haben.

Bürgermeister Reichert sieht die Stadt in der Thematik des Waldabstandes ebenfalls als Beteiligte, da der betroffene Wald der Stadt gehöre. Er schlägt daher vor, den Beschlussantrag dahingehend zu ergänzen, dass darauf hingewiesen wird, dass eine Lösung für den nicht eingehaltenen Waldabstand gefunden werden muss.

Die Mitglieder des Gemeinderats sprechen sich für die Beschlussantragsänderung aus.

Stadtrat Scheurich bezieht sich auf das Verfahren zum Bau-Turbo, insbesondere der erforderlichen Beschlussfassung im Gemeinderat. Er habe in der Zeitung gelesen, dass in Sandhausen die Zuständigkeit auf den technischen Ausschuss verwiesen worden sei.

Bauamtsleiter Kermbach führt aus, dass das Bau-Turbo-Verfahren dem Bauleitverfahren gleichzusetzen sei und daher in der unbedingten Zuständigkeit des Gemeinderats liege. Es gebe aber durchaus unterschiedliche Auffassungen.

Stadtrat Reinig sieht den Waldabstand als Abwägungssache, inwieweit die Stadt dem Bauherren, beispielsweise auch mit einer Hiebsmaßnahme, entgegenkommen wolle. Eine Verschiebung der Baulinie in Richtung Straße würde den Wegfall von Stellplätzen bedeuten, die in der Neckarhölde dringend gebraucht würden.

Es folgt eine eingehende Diskussion zum Thema Waldabstand.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den geänderten Beschlussantrag abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen dem geänderten Beschlussantrag zu, der nun wie folgt lautet:

„Die Zustimmung zu dem Antrag auf Bauvorbescheid gemäß § 36a BauGB (Bau-Turbo) unter Anwendung der „Eberbacher Leitlinien“ wird zur Frage der Befreiung von der Baulinie

unter der Bedingung erteilt, dass ein einvernehmliches Vorgespräch mit dem Bauamt der Stadt Eberbach stattfindet.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Lösung für den nicht eingehaltenen Waldabstand gefunden werden muss.“

Stadtrat Schottmüller befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 14: 2026-083

Annahme einer Schenkung:

Übernahme des Grundstücks Flst.-Nr. 1549 der Gemarkung Eberbach, Neckarwiesen, Landwirtschaftsfläche

Beschlussantrag:

Das Grundstück Flst.-Nr. 1549 der Gemarkung Eberbach, Neckarwiesen, Landwirtschaftsfläche mit 335 m² wird als Schenkung angenommen.

Beratung:

Es wird auf die Beschlussvorlage verwiesen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.
Die Stadträte Stumpf und Dr. Wiese befanden sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 15: 2026-101

Annahme von Schenkungen, Geld- und Sachspenden

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Schenkungen, Geld- und Sachspenden zu.

Beratung:

Stadtrat Dr. Wiese erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Reichert erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.
Stadtrat Stumpf befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 16:

Mitteilungen und Anfragen

Tagesordnungspunkt 16.1:

Beantwortung einer Anfrage: Parking App

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadtrat Müller zum Sachstand der Einrichtung der Parking App. Dies sei in Vorbereitung und die Verwaltung stehe in Kontakt mit der ausführenden Firma, um die weiteren Schritte auf den Weg zu bringen.

Tagesordnungspunkt 16.2:

Beantwortung einer Anfrage: Parksituation Schwanheimer Straße / Schillerstraße

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadträtin Isik zur Parksituation in der Schwanheimer Straße auf Höhe der Eimündung Schillerstraße. Zwischenzeitlich seien dort Markierungen durch den Bauhof angebracht worden. Die Einhaltung müsse im weiteren Verlauf durch den Gemeindevollzugsdienst kontrolliert werden.

Tagesordnungspunkt 16.3:

Beantwortung einer Anfrage: Parksituation Bahnhofstraße

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadträtin Isik zur Parksituation in der Bahnhofstraße. Die Kontrolle werde während des Streifendienstes des Gemeindevollzugsdienstes regelmäßig durchgeführt. Ein genereller und dauerhafter Schichtbetrieb mit zwei Personen gestalte sich schwierig, werde aber nach Möglichkeit umgesetzt.

Tagesordnungspunkt 16.4:

Beantwortung einer Anfrage: Geschwindigkeitsanzeige Klingenweg

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadtrat Stumpf zur Geschwindigkeitsanzeige im Klingenweg. Am 08.05.2026 sei zwischen 6:15 Uhr und 8:10 Uhr auf Höhe der Haus-Nr. 14 eine Geschwindigkeitsmessung durchgeführt worden. Von 32 Fahrzeugen sei keins zu schnell gewesen. Der Klingenweg werde weiterhin in die Messungen aufgenommen.

Tagesordnungspunkt 16.5:

Beantwortung einer Anfrage: Parkplatz in der Au - Zweckentfremdung

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadtrat Stumpf zur Nutzung des Parkplatzes am Schwimmbad zum Posen und Rasen. Die Information sei mit der Bitte um Bestreifung des Geländes an die Polizei weitergegeben worden. Nach Rückmeldung der stellv. Revierleitung solle die Örtlichkeit im Mai bestreift werden und die Verwaltung erhalte Anfang Juni eine entsprechende Erkenntnismitteilung.

Auch der Gemeindevollzugsdienst habe Kontrollen durchgeführt. Zu deren üblichen Dienstzeiten konnten bisher keine Feststellungen bezüglich Posen und Rasen auf dem Gelände des Schwimmbadparkplatzes gemacht werden.

Tagesordnungspunkt 16.6:

Sichere Schulwege: "Movers" und Fußverkehrscheck

Verwaltungsmitarbeiter Protschky informiert über den Sachstand zur Anfrage von Stadtrat Richter bezüglich einer Prüfung der Bewerbung bei den Beratungsangeboten „Movers“ und dem „Fußverkehrs-Check“.

Beim „Fußverkehrs-Check“ seien die Schnittstellen mit dem Mobilitätskonzept so groß, dass kein Gewinn für die Stadt in der Konzepterstellung gesehen werde.

Mit der Beratungsstelle „Movers“, die sich für Schulwegsicherheit einsetze, sei Kontakt aufgenommen worden und eine Erstberatung habe stattgefunden. Derzeit werde in der Verwaltung geprüft, welche Bausteine für die Stadt passend seien und wo die Beratung über das Programm in der Verbesserung der Schulwegmobilität helfen könne.

Tagesordnungspunkt 16.7:

Zertifikat European Energy Award (EEA)

Bürgermeister Reichert teilt mit, dass die Stadt Eberbach als eine von vier Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis, am 06.05.2026 in der Klimaarena in Sinsheim das Zertifikat des European Energy Awards (EEA) erhalten habe und verliest das Zertifikat.

Tagesordnungspunkt 16.8:

Nächtliche Abschaltung der Straßenbeleuchtung

Stadtrat Richter fragt, wann erneut über die nächtliche Abschaltung der Straßenbeleuchtung entschieden werde. Dies sei für das 1. Quartal 2026 zugesagt gewesen.

Bürgermeister Reichert antwortet, dass es nicht viel zu berichten gebe, aber über die Beibehaltung möglichst noch vor der Sommerpause entschieden werden solle.

Da keine weiteren Mitteilungen und Anfragen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Reichert die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 20:17 Uhr.